

Sächsische Volkszeitung

Ercheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Verlag: Sächs. Volkszeitung, Dresden, Neudorfstr. 11. Preis: 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgeb.).
Postamt: Dresden, Neudorfstr. 11. Preis: 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgeb.).
Eingelassene Artikel werden nicht zurückgegeben.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6. Spalte. Zeitungs- u. Anzeigen-Verwaltung: Dresden, Neudorfstr. 11. Preis: 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgeb.).
Anzeigen-Verwaltung: Dresden, Neudorfstr. 11. Preis: 1 Mk. 50 Pf. (ohne Postgeb.).

Was geht vor?

Von hochgeschätzter Seite wird uns aus Berlin geschrieben:

In den letzten Tagen hat sich einmal der Öffentlichkeit gezeigt, daß in den oberen Regionen der Regierung verschiedene Strömungen bestehen; die Drähte sind bloßgelegt worden und es entstand ein „Aurzschluß“, der zu einem „Brand“ in der offiziellen „Nordd. Allgem. Zeitg.“ führte. Die Lösungsmaßnahmen sind ausgedrückt und als „Brandstifter“ hat sich reumütig die sonst so unschuldige Redaktion dieses Blattes gemeldet. Schade nur, daß kein kleiner „Onkel Edoard“ mehr da ist, er hätte jetzt sein Tagebuch um einige hübsche Szenen erweitern können. Aber was ging denn vor?

Das genannte Blatt hat in seiner letzten Wochenrunde einen Abschnitt über die Verhältnisse im Ruhrrevier gebracht und darin das scharf ablehnende Verhalten der rheinisch-westfälischen Kohlenmagnaten gegenüber den Bergleuten als Geltendmachung eines „einheitlichen Machtstandpunktes“ charakterisiert und betreffs der Lohnerhöhungsforderungen der Arbeiter ausgeführt, „daß die Bergarbeiter tatsächlich infolge der eingetretenen Teuerung trotz des in den letzten Jahren wieder eingetretenen Steigens der Löhne bezüglich ihrer gesamten Lebenshaltung im Nachteil gewesen sind und deshalb einen gewissen Anspruch auf Berücksichtigung seitens der gerade jetzt durch besonders reiche Gewinne begünstigten Bergwerksbesitzer haben.“ Diese auf fallende Sprache gegenüber den „Bergherren“ erregte Aufsehen; das Regierungsorgan hatte zwar schon früher sozialpolitisch getrieben, aber nie den Pelz nah gemacht. Man fragte sich nun: Steht eine Schwertung zu Gunsten der Arbeiter bevor? Es war auch bekannt, daß im Handelsministerium selbst eine Richtung vorhanden ist, die mit allem Nachdruck auf ein rascheres Tempo in der Sozialreform hinarbeitet. Aber gar bald mehrten sich die Stimmen, daß man es in diesen Auslassungen nur mit einer Ansicht der Redaktion zu tun habe. Es war bezeichnenderweise ein nationalliberales Blatt, das zuerst diese Meldung brachte. Nun dauerte es auch nicht lange, so mußte die „Nordd. Allgem. Zeitg.“ selbst erklären, daß der Artikel nicht amtlichen Ursprunges sei. Dies der erste Akt!

Aber ein Zentrumsblatt des Westens konnte nun sofort konstataren, daß die Ansicht der Bergbehörden sich mit den Darlegungen des abgeschickten Artikels deckte, insbesondere vertrete auch die Bergbehörde die Ansicht, daß die Löhne beim Ruhrkohlenbergbau nicht in dem gleichen Maße gestiegen sind, wie die Lebensmittelpreise. Zwar hat das Wolffsche Bureau diese Meldung des rheinischen Blattes dementiert und als unzutreffend bezeichnend, daß die betreffenden Ausführungen der „Nordd. Allgem. Zeitg.“ der Auffassung der Bergbehörde entsprechen, doch hat dieses Dementi nicht mehr Wert, als so viele andere, die das offiziöse Bureau in den letzten Jahren in die Welt senden mußte. Wichtig ist an dem Dementi nur, daß der Artikel nicht der Gesamtauffassung des Handelsministeriums entspricht, sondern nur einer bestimmten Richtung. Dies der zweite Akt!

Nun haben aber die einflussreichen Arbeitgeber wieder völlig Oberwasser erhalten und deshalb genigte es diesen nicht, daß der erste Artikel förmlich desavouiert wurde, es mußte vielmehr an derselben Stelle des amtlichen Blattes nun ein offiziöser Artikel erscheinen, der alle gesunden und vernünftigen Gedanken der angehenden Redaktionsarbeit abzuschlachten hatte. Und noch mehr! Gleichzeitig hat der Handelsminister Desbrück ein Entschuldigungstelegramm an den Bergbehörden Verein geschickt, in dem er diesen untertänigst versichert, daß er dem ersten Artikel der „Nordd. Allgem. Zeitg.“ völlig fernstehe — eine Verschönerung, an deren Richtigkeit nach den politischen Auffassungen des

Serrn Ministers nicht im geringsten zu zweifeln ist. Der zweite Artikel nimmt sich nun in der Form der Verleumdung des ersten hochkomisch aus, mit viel Phrasenwerk sucht man zu vertuschen, was man früher zugegeben hat. Aber das eine kann man eben nicht in Abrede stellen: daß die Löhne gegenüber denen von 1900 nicht in demselben Maße gestiegen sind, wie die Lebensmittelpreise. Das amtliche Organ begnügt sich denn auch mehr mit der gutmütigen Zurede, daß „Mäßigung“ auf beiden Seiten herrschen möge. Damit sind wir freilich einverstanden, aber nun mögen auch einmal die Arbeitgeber ihre „Mäßigung“ beweisen; die Arbeiter mühten diese schon jahrelang aller Welt zeigen. Mit diesem schönen Phrasenwort kommt man an berechtigten Ansprüchen nicht vorbei! Nicht Mäßigung kann den Frieden sichern, sondern Gerechtigkeit und wenn hierfür das amtliche Organ eintreten wollte, würde es dem Staatswohl mehr nützen!

Jedoch kommt bei diesem Vorfalle nicht so sehr die wenig arbeiterfreundliche Haltung der maßgebenden Stellen in Betracht, als die große Zerfahrenheit, die in diesen herrscht und die große Dienstbeflissenheit gegenüber den Unternehmern. Wenn diese mit den Augenwimhern zinzeln, eilt man schnell herbei und fragt nach dem Grunde der Unzufriedenheit; wenn aber Arbeitermassen hungern müssen, hat man für sie den Rat der Mäßigung. Das ist nicht die volle Gleichberechtigung, die wir vom modernen Rechtsstaat fordern und den dieser zur Erhaltung seiner Existenz ausgeben muß. Diese Abhängigkeit der Regierung vom Großunternehmertum und der mit ihm isolierten Bankfinanz ist zwar nichts neues, die Haltung der Regierung während und nach dem letzten Vergarbeitsausstand, die „Siberia“-Verstaatlichungssache, die Hinausdrängung der langjährigen Mäler haben dafür genügend stichhaltige Beweise geliefert, aber die offizielle Bestätigung, daß sich seitdem an dieser schönen Liaison trotz aller rohen Prästrierungen, die sich gelegentlich der männliche Teil, das Unternehmertum, leistete, nicht das geringste geändert hat, ist immerhin höchst wertvoll. Wir sind deshalb auch durchaus nicht der Ansicht der „Deutschen Tageszeitg.“, daß es zweckmäßig gewesen wäre, „wenn beide Artikel im Tintensatz geblieben wären“. Im Gegenteil, man soll wissen, wohin die Fahrt geht. Die christlichen Arbeiterfreie warten wahrlich schon lange genug auf die Erfüllung des Reichstagswortes vom Januar 1904, das dieser ihrer Deputation gegeben hat. Bald sind es drei Jahre her und nichts, gar nichts ist geschehen; schließlich findet auch die Geduld der christlichen Arbeiterwelt ein Ende. Merkt man denn an entscheidender Stelle gar nicht mehr, wie sehr die Sozialdemokratie gefördert wird, wenn diese unter Spott und Hohn die christlichen Arbeiter auf die Nichterfüllung dieser Zusagen hinweisen kann? Diesen Schaden machen alle Reden des Reichstags nicht mehr gut. Da müht auch kein Zusammenschluß der Parteien mehr. Möge Herr Hilow mehr auf den sachkundigen Grafen Posadowsky hören als auf die Schatzmacher am Leipziger Platz, von dorthin weht derzeit kein guter Wind! Je rascher etwas geschieht, desto besser für den gesamten Staat, nicht nur für die Arbeiter.

Politische Mundschau.

Dresden, den 27. Oktober 1906.

— Entgegen der gestrigen Meldung, daß der Kaiser eine Richard-Wagner-Vüste der Stadt Venedig schenken wolle, meldet der Reichsbote, daß nicht der Kaiser, sondern der Privatmann Thiem sich erboten habe, eine solche Vüste modellieren zu lassen und sie der Stadt Venedig zu schenken.
— Die Komit bei den Traurigen. Die Kolonialkritik hat schon manche komische Szene erzeugt; aber den Höhepunkt in der unfeinwilligen Komit hat zweifelsohne am Donnerstagabend eine Versammlung des Berliner Jour-

nalisten- und Schriftstellervereins errungen, über welche Berliner Wätter berichtet. Es handelte sich um die Stellungnahme dieses Vereins zum Kapitel „Berliner Presse und Kongostaat“. Der Bericht über den Verlauf dieser Sitzung lautet: „Herr Erzberger hatte die an ihn ergangene Einladung unberücksichtigt gelassen, dagegen waren aus Logo Bezirksamtman Dr. Kerling und Amtshauptmann Schmidt anwesend. Diese Herren erklärten jedoch von vornherein, sich an der Debatte nicht beteiligen zu wollen, um dem eingeleiteten gerichtlichen Verfahren nicht vorzugreifen. Redakteur Hinf erörterte an der Hand zahlreicher Zeitungsstimmen den zur Verhandlung stehenden Fall Erzberger, worauf einstimmig folgende Resolution zur Annahme gelangte: Die vom Berliner Journalisten- und Schriftstellerverein (Arbeitschutz) in Berlin einberufene Versammlung spricht ihre schärfste Mißbilligung darüber aus, daß der dem Journalistenstande angehörende Abgeordnete Erzberger seine bevorrechtigte Stellung als Volksvertreter zu einer verallgemeinernden Verdächtigung der deutschen Presse mißbraucht hat, indem er zwei Wätter beschuldigte, von der Kongoregierung bestochen worden zu sein. Sie hält es eines Journalisten für unwürdig, derartige Beschuldigungen ohne bindige Beweisführung auszusprechen, und legt entschiedene Verwahrung dagegen ein, daß eine solche Art des politischen Kampfes auf das publizistische Leben übertragen wird.“ Nun wollen wir den Kommentar zu diesem ulkigen Stück schreiben. Wie viele Personen bei dieser feierlichen Verbrennung des Abgeordneten Erzberger anwesend waren, wissen wir freilich nicht; was aber zwei Kolonialbeamte, gegen welche derzeit sehr schwere Anklagen schweben, in der Versammlung des Berliner Journalistenvereins, eine ganz untergeordnete Vereinigung, tun, ist der Deffentlichkeit ein Rätsel. Aber nun zur Arrangierung des Ganzen. Die Einladung ging aus von einem Herrn von Büssow, der sich vor einigen Wochen in der rechtsstehenden Presse ja gar lassen mußte, daß er eine angebliche Mittelstandsforrespondenz herausgibt, obwohl er für die Warenhäuser sonst arbeitet. Der Mann hat alles Zeug zum Oberrichter. Der Referent war der parlamentarische Redakteur der „Z. N.“ (lies aber nicht „Tippelskirch-Mundschau“, sondern „Tägliche Mundschau“, das Organ des Evangelischen Bundes). Und wo taute denn diese hübsche Versammlung? Sie hätte wahrhaftig in ganz Berlin keinen besseren Ort wählen können! Sie war im „Moland von Berlin“! Aber was will dies sagen? Nun, im zweiten Stock des „Moland von Berlin“ befindet sich das Geschäft von Tippelskirch und die Berliner Wörmannagentur. Also unter den schützenden Fittichen von Tippelskirch und Wörmann hat man diesen zweiten Schwabenstreich — es paßt auch zum Köpenicker Fall — vollzogen! Ist das nicht heiter? Und dann erst der Inhalt der Resolution, die an und für sich schon lächerlich ist! Es ist unklar, daß der Abgeordnete Erzberger seine „bevorrechtigte Stellung als Abgeordneter“ benutzt hat, er hat vielmehr in einer großen Volksversammlung gesprochen; es ist unklar, daß er sich einer verallgemeinernden Verdächtigung der deutschen Presse „schuldig machte“, er sprach nur von zwei Berliner Wättern, die ihn besonders scharf bekämpften und denen gegenüber er sich in der Abwehr befand; es ist aber wahr, daß zwei solcher Wätter vom Kongostaate Subventionen beziehen, wie es die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Gewährungsmann des genannten Abgeordneten in der Kongoregierung am besten beweist, wie es ferner die Tatsache beweist, daß die neueste Nummer der „Wahrheit“ über „den Kongostaat“ mit seiner Hilfe hierbon Notiz nimmt, obwohl sie sonst alles zu widerlegen sucht, was man je gegen den Kongostaat vorbringt. Eine Versammlung, in welcher die „Tägl. Mundsch.“ eine Rolle spielt, ist ganz und gar nicht berufen, über die Art des politischen Kampfes als Richter aufzutreten, da sie in ganz gemeiner Weise seit Jahresfrist den Abgeordneten Erzberger be-

Der Sachsenkurfürst des 30. Jahr. Krieges. *)

(Zum 210. Todestage Johann Georgs I. von Sachsen.)
1606 — 8. Oktober — 1706.

Von Philipp Mauet.

Der Tod des Königs Gustav Adolf wäre für den Kurfürsten Johann Georg ein günstiger Moment gewesen, um sich mit Entschiedenheit von seinem zu übermächtig gewordenen Bundesgenossen zu befreien. Er hatte längst erkannt, daß der Schwede Krieg um jeden Preis und als Lohn die Kaiserkrone, nicht die religiöse Freiheit wolle. Vom Kurfürsten von Mainz, welcher im Auftrage des Kaisers um Frieden unterhandelte, hatte Gustav Adolf unter anderem die Bedingung verlangt, zum Danke für die Rettung des Reiches zum römischen Könige gewählt zu werden. In den Unterhandlungen setzte er fest, die den Katholiken abgenommenen Städte, wie Mainz und Würzburg, für sich zu behalten, über die an die Protestanten zurückerrstatteten Länder aber, wie Mecklenburg und Pommern, begehrte er oberlebensherrliche Rechte; mit anderen Worten: die katholischen Fürstentümer an den Ufern des Rheins, des Mainz und der Donau sollten in Zukunft Grundstücken der schwedischen Hausmacht in Deutschland und des Kaisertums für Gustav Adolf sein. Das war die dieselbige Unerbittlichkeit Gustav Adolfs. Die Ereignisse und besonders sein Tod vernichteten die Pläne. Als Kaiser Ferdinand die Nachricht vom Ende des

Königs erfuhr, rief er: „Wie gern hätte ich ihm längeres Leben und fröhliche Heimkehr in sein Königreich gewünscht, wäre nur für Deutschland Friede erzielt worden!“ Und als ihm des Königs blutiges Köcher überreicht wurde, sagte er mit Tränen in den Augen: „Hätte doch der König in Verbindung mit mir seine Kriegserfahrung gegen die Türken bewährt.“ — Ja, der Kaiser legte Trauer an für seinen erbittertsten Feind, und Wallenstein erklärte: „Gustav Adolf ist der einzige, der den Namen eines Feldherrn verdient.“ Nur Kardinal Richelieu frohlockte über den Tod seines früheren Verbündeten. Denn der siegreiche Schwedenkönig war für seine Pläne gefährlicher geworden als der besiegte deutsche Kaiser. Das schwedische Heer, seines Führers beraubt, schien seine Pläne nicht mehr ernstlich bedrohen zu können. Nun unterstützte er die Schweden mit Geld und verlangte hierfür die vornehmsten Städte am linken Rheinufer.

Nach dem Tode Gustav Adolfs übernahm sein Reichskanzler Oxenstierna die Leitung der Dinge in Deutschland. Zunächst eilte er nach Dresden, um den Kurfürsten beim schwedischen Bündnis zu erhalten. Allein der Kurfürst wies auf seinen Eid hin, der ihm ein Bündnis mit auswärtigen Fürsten verbiete, übrigens wolle er mit Brandenburg beraten. Aber das französische Geld tat seine Wirkung. Nicht nur die anderen deutschen Fürsten nahmen es an, sondern auch der Kurfürst von Sachsen, auch der Sopprediger Kos ließ sich bestechen. Bernhard von Weimar ward so dienstfertig, daß er den König von Frankreich zum

römischen König zu wählen vorschlug. Johann Georg erfüllte inzwischen die auf dem Tage zu Heilbronn am 19. März 1632 erfolgte Gründung einer Liga der protestantischen Stände und Fürsten mit Unmut. An der Spitze stand Schweden. Die Deutschen versprachen, zu ihm zu stehen, bis es eine passende Entschädigung hätte und die protestantischen Stände in ihre Rechte eingesetzt seien. Des Kurfürsten Unwillen steigerte sich noch, als der schwedische Kaiser Mannheim für Schweden haben wollte und verlangte, daß die Lutheraner neben den Calvinern in der Ausübung ihres Glaubens unbehindert sein sollten. Johann Georg erklärte, dies sei allein Sache der Kurfürsten. Außerdem wünschte er, wie die anderen Fürsten, den Frieden mit dem Kaiser und sei bereits in Unterhandlung mit demselben getreten. — Allein die Heilbronner Beschlüsse ließen Deutschland nicht zur Ruhe kommen. Am 19. Mai 1633 erschien der französische Gesandte Fenauvères in Dresden, um den Kurfürsten für das Heilbronner Bündnis zu gewinnen. Aber trotz der 100 000 Taler, die er für ihn mitgebracht hatte, scheiterte die Absicht des französischen Unterhändlers.

Inzwischen drangen die Kaiserlichen unter Graf Casas in Schlesien vor. Die nahebei Gelehrte vereinigte wieder die sächsischen und schwedischen Truppen. Währenddem stand Wallenstein mit seinem Heere untätig in Schlesien. Der Grund waren seine hochverräterischen Unterhandlungen mit den Schweden und Frankreich. Er wollte den Kaiser nötigenfalls zum Frieden zwingen, wenn Frankreich seine Wünsche erfüllte. Dieses versprach ihm Geld und die Krone

*) Siehe S. 229, 234 und 241.